

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
Tel.-Abreise: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Dornschütz-Verlag GmbH  
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2308-2307

## Beschlüsse der Pariser Sozialistenkonferenz.

Paris, 21. März. (W.F.) Die heute hier abgehaltene sozialistische Konferenz der alliierten Länder hat sich bis zum 20. März verlagert, um inzwischen der Delegation, die sich nach Berlin begibt, Gelegenheit zu geben, mit der deutschen Sozialdemokratischen Partei zu verhandeln. Die Entschliessung, die nach Beendigung der Beratung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

1. Eine Lösung des Reparationsproblems und des Problems der internationalen Sicherheit ist unerlässlich für den friedlichen Wiederaufbau Europas. Diese Lösung darf keinen politischen Hinterterrängen verbergen, der beispielsweise auf eine territoriale Annexión oder auf die künstliche Schaffung von Pufferstaaten ausgeht.  
2. Die augenblicklich betriebene Ruhrpolitik kann keine Lösung dieser Probleme bringen, und wenn sie bis zu ihrer nachträglichen Wiedereinstellung wird, wird sie die wirtschaftlichen und politischen Gefahren verschärfen, die augenblicklich auf den europäischen Nationen lasten.  
3. Die Eigenliebe aller Regierungen bildet im Augenblick das Hindernis für Verhandlungen. Aus diesem Grund erkennt diese Konferenz eine viergliedrige Delegation, die mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verhandeln soll über a) eine den augenblicklichen Notwendigkeiten angepasste Fassung des Frankfurter Reparationsplanes und b) die Bedingungen, unter denen die internationale Sicherheit erlangt werden kann.

Wie bereits berichtet, begibt sich eine aus einem Engländer, einem Franzosen, einem Italiener und einem Belgier bestehende Delegation nach Berlin.

### Englische Sozialisten besuchen das Ruhrgebiet.

Paris, 21. März. (G.A.) Die englischen Arbeiterdelegierten Adamson, Dugton, Thomson und Shaw werden sich in das Ruhrgebiet begeben. Ramsay MacDonald und Henderson reisen nach London zurück.

### Der Brüsseler Kommunistenprozess.

Brüssel, 21. März. (G.A.) 17 Kommunisten erschienen gestern, eines Komplotts gegen die Sicherheit des Staates angeklagt, vor der Anklagekammer. Ihr Verteidiger erklärte, das Komplott sei nicht zur Durchführung gelangt. Der Staatsanwalt sieht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß bereits ein Beginn der Ausführung vorläge. Das Vorgehen besteht darin, daß die kommunistische Jugend Belgiens Geld aus Berlin und Moskau erhalten habe, und daß ausländischen Regierungen, besonders der Sowjetregierung, gewisse Dokumente zugesandt wurden. Heute wird der Generalstaatsanwalt auf die Anträge der Verteidigung antworten.

Paris, 21. März. (G.A.) Der deutsche kommunistische Abgeordnete Häfelin verlangte, als politischer Gefangener behandelt zu werden. Sollte man ihm diese Vergünstigung nicht einräumen, so droht er mit dem Hungerstreik.

## Die Ruhraktion hindert die Gesundung.

Eine Rede des britischen Schatzkanzlers.

London, 21. März. (W.F.) Schatzkanzler Stanley Baldwin erklärte in einer Bankettrede, die beiden unbedingten Notwendigkeiten für den Bestand Englands seien Frieden und Arbeit. England leide von seinem Ruhenhandel. Der Weltmarkt bessere sich langsam, könne jedoch innerhalb angemessener Zeit nicht wiederhergestellt werden ohne eine Regelung in Europa, und eine Regelung in Europa bedeute eine endgültige Regelung der Fragen der Schulden, der Reparationen und der Sicherheit. Ueber Westeuropa läge eine dunkle Wolke. Auf die zwischen England und Frankreich in der Reparationsfrage herrschenden Meinungsverschiedenheiten eingehend, erklärte der Schatzkanzler, England halte den Weg, den es verfolgen würde, für den besseren, um Reparationen zu erhalten. Die Franzosen stellten

### die Frage der Sicherheit

über die Frage der Reparationen. Baldwin fuhr fort: „Was auch immer jemand in England im Augenblick der Erregung sagen möge über Militarismus in Frankreich oder den französischen Wunsch, Deutschland zu zerstückeln, über die Komplotte der französischen Staatsmänner — ich nehme keine Notiz davon. Ich erkenne an, daß der Wunsch nach Sicherheit eine zwingende Kraft sein kann, der sich nichts in Frankreich zu widersprechen imstande ist.“ England sei bereit gewesen, große Opfer zu bringen, um eine endgültige Regelung der Schulden und der Reparationen herbeizuführen. Es sei auch weiterhin bereit, dies zu tun, und werde bereit sein, wenn die Gelegenheit komme, diesen Standpunkt aufrechtzuerhalten. Aber solange die augenblickliche Lage dauert, scheine der Zeitpunkt der endgültigen Regelung immer weiter verschoben zu werden. Die Frage der Reparationen und der Schulden könnte niemals geregelt werden, bevor eine Regelung der Schwierigkeiten in Westeuropa gefunden sei.

## Die Essener Morde.

Die Staatsanwaltschaft in Essen hat auf die Ermittlung des Täters, der nächsterhand einen Franzosen, der als Helfer im Keller des Hauptbahnhofes beschäftigt war, durch das Fenster erschossen haben soll, eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt. Der Franzose stammt aus Nollville bei Metz und soll schon während des Krieges in Deutschland beschäftigt gewesen sein. Man vermutet, daß den Täter persönliche Beweggründe zu der Tat veranlaßt haben.

In der ersten Sitzung der Stadtverordneten von Buer leitete der Unterredung ihrer Tätigkeit sprach der Vorsteher den Opfern die fleißige Teilnahme der Bürgerschaft aus. Dieses Mitgefühl sei um so berechtigter, als nach den eigenen Worten des Generals

Paignot die Bevölkerung an der Ermordung der beiden Offiziere schuldlos sei. Der Oberbürgermeister legte ein Zeugnis ab für die deutsche Sache und zur Bevölkerung der Stadt ab. Er ermahnte die Bevölkerung, in Ruhe und Besonnenheit zu verharren. Dann wurde eine Entschliessung angenommen, in der der gewalttätige Tod zweier französischen Offiziere innerhalb der Stadt verurteilt wird. Gleichzeitig verwahren sich die städtischen Körperschaften gegen die entwürdigende Behandlung friedlicher Bürger und fordern sofortige Freilassung aller Inhaftierten.

Vor dem französischen Kriegsgericht in Werden hatte sich der 23 Jahre alte Kaufmann Franz Stich aus Kupferdreh wegen Mordversuchs zu verantworten. Er hatte in einer Nacht anlässlich einer Patrouille durch einen französischen Soldaten die Flucht ergriffen, als ihn der Franzose nach Waffen untersuchen wollte. Auf der Flucht gab er einen Schuß ab, durch den der verfolgende Franzose am linken Unterschenkel verletzt wurde. Das Urteil lautet auf 15 Jahre Zuchthaus.

Die Beamten und Angestellten sämtlicher Justizbehörden im Bereiche des Landgerichtsbezirks Essen werden am Donnerstag, den 22. März, aus Anlaß der Verhaftung des Landgerichtspräsidenten Dr. Böhmert in einen 24stündigen Proteststreik treten. An diesem Tage sind sämtliche Gerichtsgebäude im Landgerichtsbezirk geschlossen.

Ausgewiesen waren bis zum 20. März aus dem alt-besetzten Gebiet 1334 Deutsche. Die Rheinlandskommission hat 184 neue Beamtenausweisungen beschloffen. Das Zweibrücker Landgerichtsgefängnis dient als Sammellager für deutsche Gefangene — aber längst nicht als einziges.

Zur Unternehmung und Aburteilung des Mordanschlages auf Smeets und weiterer Mordtate steht die Rheinlandskommission inintermittierte Militärgerichte ein, wie sie sich jetzt in Oberschlesien trefflich bewährt haben.

Der Pariser „New York Herald“ meldet, die Anhänger von Dorian und Smeets dröhnten nach Paris, daß 300 000 Bewohner der Rheinlande sich für deren Abtrennung und Abhaltung einer Volksabstimmung aussprechen, die beweisen würde, daß mehr als drei Fünftel der Bevölkerung für Errichtung einer Republik mit starken wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich seien. — Wir nehmen an, daß diese Depeschen als französische Staatstelegramme und Heeresnachrichten gebührenfrei sind.

Coste ist nun als Leiter der frankobelgischen Ausbeutungskommission endgültig durch Guillaume ersetzt. Minister Le Trocquer eröffnet seinen Gläubigern große Hoffnungen auf baldige Erlangung der vollen Reparationsmengen; nächstens will er die Eisenbahnen im Ruhrgebiet inspizieren.

Die Bochumer Telegraphenarbeiter Langel und Steffens sind nach fünfjähriger Haft im Zuchthaus Werden wieder entlassen worden. Songel, der einen Kerdenschlag erlitten hat, und Steffens, der auf dem rechten Ohr das Gehör verloren hat, sind durch Vermittlung des schweizerischen und des schweizerischen Roten Kreuzes in einem Sanatorium des unbesetzten Deutschland untergebracht worden.

### Spionagephotographien.

Gelegentlich der Befehung der August-Thomson-Hütte durch eine von einem starken belgischen Truppenaufsicht begleitete Ingenieurkommission wurden auf mehreren Lagerplätzen photographische Aufnahmen der Bestände an Kohlen, Halb- und Fertigfabrikaten gemacht, obwohl die Werkleitung entschieden dagegen protestierte. Ganz besondere Aufmerksamkeit widmete die Kommission den Neuanlagen, die die Hütte zurzeit als Ersatz für die verlorengegangenen Hochofendinger Anlagen errichtet. Da die Aufnahme der Bestände bei der Kürze der Zeit naturgemäß nur in oberflächlicher Weise erfolgen konnte, war es zweifellos der Hauptzweck dieser Eingriffe, einen Einblick in die Produktionsmöglichkeiten und die technischen Neuerungen des Betriebes zu gewinnen.

### Mißhandlung einer Schweizerin.

Bern, 21. März. (Schweizerische Depeschentagentur.) Beim eidgenössischen Departement ist ein Bericht des schweizerischen Konsulats Stuttgart eingetroffen betreffend den Fall der Frau Anna Marie Stark aus Lonze bei Mädenswil, welche erklärt, sie sei auf der Reise in Worms von französischen Soldaten angehalten und ihrer gesamten Burschenschaft beraubt worden. In der Kaserne habe man ihrer Anzeige keinerlei Beachtung geschenkt und kein Protokoll darüber aufgenommen. Ein Ergebnis der Untersuchung dieser Angelegenheit liegt noch nicht vor.

Der Center Universitätskomitee hat eine gewitterdrohende Verschärfung erfahren. Nachdem die Kammer seinerzeit mit sehr knapper Mehrheit der Wiedererrichtung der Universität Gent zugestimmt hatte, ist sie jetzt vom Senat mit 76 gegen 58 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt worden.

## Vor dem großen Krach.

Die anfangs etwas freundliche Tendenz der heutigen Börse wurde stark beeinträchtigt durch das Bekanntwerden einer großen Inflation im hiesigen Edelmetallgroßhandel. Eine der größten deutschen Firmen dieser Art ist durch schlagartige Silber Spekulationen in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Interessierte Firmen und Bankhäuser verhandeln augenblicklich noch über eine Stützungsaktion. Man schätzt die Verluste auf mehrere Milliarden Mark. Im Verlaufe der Börse trat trotz dieses Ereignisses eine leichte Befestigung der Tendenz hervor. Besonders gesucht waren alle jene Wertpapiere, die vom Publikum und der Spekulation als Desinfektionsmittel gekauft zu werden pflegen. Der Devisenmarkt selbst lag still, die Kurse hielten sich auf der Höhe der vorangegangenen Tage.

## Unter dem Existenzminimum.

Die Lebenslage der Berliner.

Durch die Kraft der Organisation ist es in Berlin gelungen, die Lohnbewegungen für den Monat März mit wenigen Ausnahmen zu einem friedlichen Abschluß zu bringen. Die Unternehmer hatten sich, geführt von der Reichsregierung, geweigert, für den Monat März irgendwelche Lohnerhöhungen zuzugestehen. Diese Haltung wurde begründet mit der Marktstabilisierung und dem angeblichen Preisabbau, der eingetreten sei und eintreten würde. Gewiß hat die Arbeiterschaft ein wesentliches Interesse daran, daß der fortgesetzten Geldentwertung Einhalt geboten wird. Gerade sie leidet am meisten unter dieser Geldentwertung, denn alle Lohnerhöhungen hinken den Preissteigerungen erheblich nach und die Reallöhne werden trotz der Lohnerhöhungen ständig vermindert.

Wir haben hier wiederholt nachgewiesen, wie die Geldentwertung gewirkt hat. Bis zum Jahreschluß sind die Löhne der Arbeiter im Verhältnis zur ersten Hälfte im Jahre 1922 um 50 bis 60 Proz. zurückgegangen. Dieser Rückgang der Reallöhne hat sich, soweit aus dem vorliegenden Zahlenmaterial ein Ueberblick möglich ist, im Januar fortgesetzt und ist im Februar zum Stillstand gekommen. Seitdem ist eine kleine Besserung eingetreten. Aber auch heute noch sind die Reallöhne der Berliner Arbeiter wesentlich unter dem Existenzminimum. Der Preisabbau ist bisher noch nicht eingetreten. Nach den Berechnungen des Archivs der Gewerkschaftskommission und des Ortsrats des A.F. Bundes von Berlin betragen die Lebenshaltungskosten in der Woche vom 12. bis 18. März für eine fünfköpfige Familie, auf vier Wochen berechnet, 297 000 M. In diesen Zahlen sind die Ausgaben für Steuern, Verbandsbeiträge, Fahrgehalt, Wäsche, Reinigung usw. noch nicht einbezogen. Rechnet man diese Ausgaben auf 33 Proz., dann beträgt das wöchentliche Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie 98 750 M. Gegenüber der Vorwoche sind nach dieser Berechnung die Lebenshaltungskosten um 3,3 Proz. gesunken, während gegenüber dem Durchschnitt des Monats Februar immer noch eine Steigerung von 1,7 Proz. zu verzeichnen ist. Von einem Rückgang der Preise im Einzelhandel ist also noch sehr wenig zu spüren.

Wie verhalten sich nun die Löhne der Arbeiter zu diesen Lebenshaltungskosten? Unter 59 Tarifverträgen, die uns vorliegen, befindet sich nur ein einziger, der der Schornsteinmurer, mit einem Wochenlohn von 95 651 M., der mit 97 Proz. das Existenzminimum fast erreicht. Doch handelt es sich hier um eine kleine Gruppe, die nicht weiter ins Gewicht fällt. Unter den anderen Tarifverträgen befinden sich 24 mit einem Wochenlohn von 70 000 bis 80 000 M. Hier bleiben also die Löhne im Durchschnitt noch 25 Proz. unter dem Existenzminimum. Bei 16 Tarifabschlüssen beträgt der Wochenlohn 60 000 bis 70 000 M., im Durchschnitt also nur 65 Proz. des Existenzminimums. Bei 9 Tarifabschlüssen beträgt der Wochenlohn 50 000 bis 60 000 M., im Durchschnitt also nur 55 Proz. des Existenzminimums, während bei 9 anderen Tarifabschlüssen der Wochenlohn weniger als 50 Proz. des Existenzminimums ausmacht. Zur Gruppe dieser im wahrsten Sinne des Wortes als Hungerlöhne zu bezeichnenden Arbeitseinkommen müssen noch alle jene Fälle gerechnet werden, wo infolge schlechter Organisationsverhältnisse Tarifverträge nicht vorhanden sind.

Diese Uebersicht über die Tariflöhne der Berliner Arbeiterschaft ist keineswegs vollständig. Aber sie dürfte ein ziemlich getreues Bild von dem gegenwärtigen Einkommen der Berliner Arbeiter geben.

Soweit die Gehälter der Angestellten in Frage kommen, gibt es wohl eine Anzahl von Gruppen, wo die Spitzengehälter das Existenzminimum erheblich überschritten haben. Doch selbst in den bestbezahlten Angestelltengruppen gibt es noch weite Schichten, deren Einkommen nicht nur unter dem Existenzminimum liegt, sondern noch unter dem Einkommen der Facharbeiter. Diese Tatsache ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Angestellten sehr spät zu der Erkenntnis gekommen sind, daß sie sich in freigewerkschaftlichen, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen zusammenschließen müssen.

Anders liegen die Verhältnisse bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern in öffentlichen Betrieben. Hier hat die Regierung hartnäckig an ihrem Programm festgehalten, daß zunächst die Arbeitseinkommen abgebaut werden müßten, ehe es zu einem Preisabbau kommen könne. Gewiß hat die Regierung nicht von einem Lohnabbau als solchen gesprochen, aber bei der Entwertung der Arbeitseinkommen infolge der Geldentwertung ist die Verweigerung einer Erhöhung der Arbeitseinkommen gleichbedeutend mit einem allgemeinen Lohnabbau. Die Verhandlungen über die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe haben sich äußerst langwierig gestaltet, und die Regierung hat schließlich nur das Zugeständnis gemacht, daß allgemeine Vorschuhzahlungen auf die Aprillöhne gegeben werden und daß die örtlichen Teuerungszuschläge einer Revision unterzogen werden. Dieses Zugeständnis ist vollständig ungenügend.

Wenn es auch im allgemeinen bisher gelungen ist, große Arbeitskämpfe zu verhindern und Lohnerhöhungen durchzusetzen, so gibt es doch unter den Unternehmern eine ganze Reihe von ausgesprochenen Scharfmachern, die es darauf angelegt haben, Wirtschaftskämpfe zu provozieren. Merkwürdigerweise sind es meist gerade solche Unternehmergruppen, die bisher ganz außerordentlich von der Geldentwertung profitiert haben. Dazu gehören in erster Linie die Metall- und Holzindustriellen. Die Metallindustriellen mußten durch

die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines unzulänglichen Schiedspruchs erst zu dessen Anerkennung gezwungen werden. In der Holzindustrie sind zwar bis jetzt Lohnkämpfe im März noch vermieden worden, und zwar hauptsächlich dank der geschmeidigen Taktik der Organisationsleitung der Holzarbeiter, aber es scheint nun doch so, daß wir in den allernächsten Tagen in der Möbelindustrie und in der Karosseriebranche mit einem offenen Kampf zu rechnen haben werden. Die Karosseriebranche ist vornehmlich eine Luxusbranche. Die Preise sind sozusagen ganz unabhängig von den Löhnen. Auch in der Möbelindustrie betragen die Löhne nur einen Bruchteil des Unternehmergewinns. Wir werden noch Gelegenheit haben, auf das wachsende Mißverhältnis zwischen Lohnanteil und Gewinnanteil zurückzukommen, das eine wesentliche Ursache der wirtschaftlichen Stagnation ist. Soweit jedoch diese beiden Zweige der Holzindustrie in Frage kommen, gibt es keinerlei Entschuldigung für die Unternehmer zur Ablehnung der äußerst bescheidenen Forderungen der Arbeiter.

Eine Stilllegung der Hochbahn liegt gleichfalls im Bereich der nächsten Möglichkeiten. Bei der Hochbahn bekommen die gelehrten Arbeiter noch Löhne von weniger als 1000 M. die Stunde. Durch Schiedspruch sollen sie auf 1120 M. erhöht werden; bei der Haltung der Hochbahngesellschaft besteht nur sehr wenig Aussicht, einen offenen Kampf und damit die Stilllegung der Hoch- und Untergrundbahn zu vermeiden.

Die Lohnbewegungen im Reich haben im allgemeinen einen ähnlichen Verlauf genommen wie in Berlin. Auch hier gibt es noch einige bedrohliche Punkte, wie besonders die Gefahr eines großen Kampfes in der Metallindustrie Mitteldeutschlands. Aber im allgemeinen haben die Gewerkschaften durch die Wucht ihrer geschlossenen Mitgliedschaften es vermocht, die Krise, die die Regierung und die Unternehmer durch ihren Widerstand gegen Lohnerhöhungen heraufbeschworen haben, erfolgreich zu überwinden.

### Schwindelnachrichten.

#### Die Zuverlässigkeit des Wolffschen Telegraphenbureaus.

Wir haben uns bereits mehrere Male damit befaßt, daß die Meldungen des Wolffschen Telegraphenbureaus, das allgemein als amtliches und zuverlässiges Bureau gilt und für dessen Nachrichten im Ausland die deutsche Regierung verantwortlich gemacht wird, allzu oft der Wahrheit nicht entsprechen. Jetzt liegt wieder ein besonders krasser Fall der Verfälschung der öffentlichen Meinung vor. Am 14. März meldete das Wolffsche Bureau die Erschießung zweier Schupobeamten namens Mohr und Krause in Buer. Der Meldung war die Bemerkung beigefügt, daß der Vorgang von Augenzeugen aus kurzer Entfernung beobachtet sei. Die „Vossische Zeitung“ berichtete in ihrer Sonntagsausgabe in einem längeren Telegramm aus Buer, das inhaltlich mit einer Meldung des Wolffschen Bureaus übereinstimmt, über die Freilassung des Oberbürgermeisters von Buer u. a. folgendes:

„Der französische General wandte sich dann gegen den deutschen Bericht über die Erschießung des Polizeiwachtmeisters Mohr und des Schupolizeibeamten Krause im Hofe des Angeoms. Der angeblich erschossene Polizeiwachtmeister Mohr wurde dem Oberbürgermeister aus dem Gefängnis vorgeführt. Er bekundete, daß der angeblich ebenfalls erschossene Schupolizeibeamte Krause in das besetzte Gebiet nicht zurückgekehrt sei und seines Wissens nicht in Buer gewesen sein könne. Es scheint sich bei dieser Meldung tatsächlich um einen sehr bedauerlichen Irrtum zu handeln. Bekanntlich war berichtet worden, daß die Erschießung der beiden Schupolizisten von deutschen Augenzeugen aus unmittelbarer Nähe beobachtet worden sei.“

In dem entsprechenden Telegramm des Wolffschen Bureaus ist dieser Passus einfach unter den Tisch gefallen. Es bleibt dafür nur die Erklärung, daß Wolff eine der zahlreichen Klatschgeschichten ohne

ernsthafte Kontrolle zum Abdruck gebracht und die dann erfolgte Berichtigung unterschlagen hat. Beides muß zu einer schweren Benachteiligung des deutschen Abwehrkampfes führen. Die Verbreitung von Falschmeldungen vermindert die Glaubwürdigkeit für den Fall, daß über wirkliche Ausbreitungen authentisch berichtet wird. Die Unterschlagung des Dementis ist eine Irreführung der deutschen öffentlichen Meinung und schadet dem deutschen Ansehen im Auslande aufs empfindlichste. Die Presse muß sich jedenfalls im Interesse ihres Ansehens und ihrer Verpflichtung zu einer objektiven Berichterstattung auf das allerhöchste gegen diese Methoden der Volksvergiftung wenden.

### Gegen Cuno und Einheitsfront.

Während die Firma Graefe u. Co. versichert, die Deutschnationalen seien verjudet, bemühen sich diese, um so kräftiger gegen „All-juda“ zu schimpfen. In einer deutschnationalen Versammlung in Berlin hat kürzlich der Abg. Bruhn über die „deutschnationale Arbeit“ der Deutschnationalen gesprochen. Er sprach in dem Stil: „Wenn die Juden uns erzählen, daß sie Deutsche seien und es sein wollen, so dürfen wir ihnen das unter keinen Umständen glauben. Wenn die Deutschnationalen sich mit ihnen einlassen, dann wäre es mit ihrer Selbständigkeit vorbei. Deshalb müssen wir unter allen Umständen rein bleiben.“

Zum Schluß sagte Bruhn der Regierung Cuno keine Meinung: „Ich weiß, daß meine Ausführungen nicht in das Programm der Einheitsfront hineinpassen, aber durch alle Rücksicht auf das Kabinett Cuno können wir uns nicht von unserer geraden Linie abbringen lassen. Es ist Lug und Trug, wenn man behauptet, daß wir den deutschnationalen Gedanken mit Rücksicht auf die Einheitsfront zurückgestellt hätten.“

Das heißt also aus dem Völkischen ins Deutsche übertragen: Die ganze Einheitsfront und mit ihr die Regierung Cuno kann uns gestohlen bleiben, wenn wir nicht mehr unsere besondere Judenhetze treiben dürfen. Zwar stehen die Franzosen im Ruhrgebiet, aber die sind weit weg. Die Juden sind jedoch nahebei. Ihnen gilt der Kampf!

#### Einheitsfront — „Handwurstraße“.

In der „Medienburger Worte“ verurteilt der Abg. v. Graefe-Galdebese, der Führer der „Deutschnationalen“, die sogenannte Einheitsfront der politischen Parteien als eine Hanswurstraße. Er behauptet, das bürgerliche Kabinett Cuno sei nur eine Deckfirma für den Geist Rathenaus und die dreihundert Geldgemaltingen, die die Politik der Welt machen. Für ihn ist die Einheitsfront nicht vorhanden, solange der „nationale Held“ Ehrhardt „im Gefängnis schmachtet“ und die deutschnationalen Versammlungen nicht als der Ausbund aller politischen Tugenden gepriesen werden.

Graefe kann nicht einmal die Einheitsfront mit seinen ehemaligen deutschnationalen Parteifreunden innehalten, behauptet vielmehr, daß sie seine Bewegung „mit den schmutzigsten Mitteln persönlicher Verdächtigung“ bekämpfen. Besonders erregt ist er darüber, daß die deutschnationale Presse auch gegenüber „einem Ereignis von weittragender Bedeutung“ die Praxis des Sichtsstellens anwende, nämlich gegenüber dem Treubündnis zwischen den bayerischen Nationalsozialisten und den deutschnationalen Norddeutschlands. Diese beiden Strömungen seien nunmehr in Nord und Süd „in gemeinsamer Arbeit vertrauensvoll miteinander verbunden“.

### Kosbach bleibt in Haft.

Die BS-Korrespondenz meldet, daß Leutnant a. D. Kosbach auf Antrag seines Verteidigers, Rechtsanwalts P. Bloch, aus der Haft entlassen worden sei, da der Untersuchungsrichter „festgestellt“ habe, daß der Verdacht einer strafbaren Handlung nicht vorliege.

Diese Meldung stimmt in dieser Form nicht. Tatsächlich ist Kosbach weiter in sicherem Gewahrsam und wird einstweilen nicht auf freiem Fuß gesetzt werden.

Ein Scholungsheim für die englische Arbeiterpartei hat die sozialistische Gräfin Barwid in ihrem Schloß Easton Lodge zur Verfügung gestellt.

„Geh nur wieder, geh.“ sagte er rasch. Und die andere wickelte das Tuch verlegen um die Hände, stotterte und seufzte etwas enttäuscht und erleichtert.

„Sie sind ein guter Mensch.“ wollte sie sagen, aber sie wagte es nicht, eilte lieber schleunig davon. Der Burke ließ sich auf die Bank zurücksinken, atmete tief und suchte dem Wind zu folgen, der die Nebel sämte, starrte wieder in das Rätselhafte der Nacht und das Unendliche des Himmels.

„Gott.“ fragte er leise, beugte sich vornüber, aber die Erde strömte einen warmen Duft zu ihm hoch. „Gott?“ Der Wald bebte im Dampf, der sich zwischen die Stämme hing. „Gott!“ Die Worte klang leise vor dem unendlichen Licht und hallte in seiner Brust wie ein Blasenstoß von der Höhe zur Tiefe und vom Herzen zum Himmel.

Residenztheater: „Die Wildente“ von Henrik Ibsen. Es war eine Freude, inmitten der mehr und mehr verkümmerten dramatischen Tagesproduktion wieder einmal dieser keifigen Ibsenschen Tragikomödie zu begegnen, in welcher der größte Dramatiker des neunzehnten Jahrhunderts, der in dem „Brand“, der „Kora“, den „Gespenstern“ und dem „Volksfeind“ das Sich-Aufbauern des Individuums wider die gesellschaftliche Lage geistert hatte, dieses Thema von der Gegenseite her beleuchtet — das Unheil schildert, das weltunkendiger Wahrheitsfanatismus in der dumpfen Atmosphäre des Altagens stiften kann. Hat auch die Figur des Wahrheitsapostels Gregor Werle, der Hjolmar Edval, den bewunderten Jugendfreund, durch die Vernichtung seiner trügerischen Illusionen zur Höhe freien Menschentums erheben will, etwas gedankenmäßig konstruiertes, mit um so erstaunlicherer Kunst ist das Opfer der Seelenrettungsexperimente: Hjolmar und dessen Homilie, gezeichnet. Der Typus H. Edvals, der alle Komödiantenzüge menschlicher Natur in intimster Individualisierung widerspiegelt, steht ebendärting den berühmtesten komischen Gestalten der Weltliteratur, einem Donquixote und Falstaff zur Seite.

Baffermanns Meisterschaft in dieser Rolle ist von früher her bekannt. Vieles ist sie im Lauf der Jahre noch geworden. Der bei rückwärtsgerichtet Selbstzucht doch auch wieder gutmütige Egoist, der Poseur, der sich selbst ernst nimmt, der kritiklose Kopfplapperer fremder Gedanken, tritt einem überzeugend echt in jeder Falte seiner zur Natur gewordenen Komödiantenart vor Augen. Schon die Kostüme, der friseurmäßig nach oben gewirbelte Schnurrbart und die bei allem Koteinieren mit der Schwere des Schicksals, was allerbesten Wohlbesindenen jugendlichen roten Rachen, das aus dem Mund des Burkes, der seine Selbstgefälligkeit zu einer Art von Lebenskunst entwickelt hat. Zug um Zug schließt sich mit nie versandenem, trefflicherem Instinkt das Bild zusammen. Bis zu dem glänzenden Gipfel, da er, von Gregor Werles Enthüllungserwartung, von der nächstjährigen Zummessfahrt und durch Frau Ginas warmen Kaffee aus seiner Tragik allmählich herausgelöst wird. Das hausmütterlich um ihn besorgte heilige Eberwischen, das zum Erkennen Gregors von der „Bübe“, die sie in die Ehe brachte, so gar nicht angefochten wird, lag bei Frau Gisse Schiffs in seinen Händen. Dem Gregor gab Falkenstein einen charakteristischen schwärmerisch in irgendeiner Ferne entrückten Blick. Er war sein bei älterer Käthe doch ein sympathisierendes Mißgefühl erweckend fliggiger Patry, von Frau Gisse

### Der rote Lappen.

Die Deutschnationalen schwimmen anscheinend die Felle weg. Ihre Hoffnung, durch die nationale Welle hochzukommen und die „Abrechnung mit den Novemberbrechern“ endgültig vornehmen zu können, hat sich trotz ihrer löblichen Reden immer noch nicht erfüllt. Sie scheinen deswegen auf der Suche nach neuen Agitationsmitteln zu sein. Eine Berliner Korrespondenz, die neuerdings ihre Erzeugnisse verbreitet, berichtet über die „proletarischen Hundertkämpfer im Ruhrrevier“, wobei die schönsten Märchen erzählt werden. Angeblich sollen die Kommunisten schon das ganze Ruhrrevier beherrschen und im Besitz zahlreicher Waffen sein.

Nach Mitteilungen von gut unterrichteter Seite ist die Zahl der Hundertkämpfer im Ruhrrevier und auch im Rheinland ständig im Wachsen begriffen. Es hat fast den Anschein, als ob dort eine Organisation nach dem Muster der Roten Armee aufgezogen werden soll, wie sie nach dem Rapp-Putsch entstanden ist.

Auf die Bächtlichkeit solcher Phantasmereien hinzuweisen, ist überflüssig. Sie dienen dem einzigen Zweck, in der Öffentlichkeit Propaganda für die nicht auf dem Papier, sondern in der Wirklichkeit bestehenden sehr realen geheimen Mord- und Terrororganisationen der Deutschnationalen hinzuwirfen. Die Hitleret, das ist die einzige reale und nicht zu unterschätzende Gefahr, die der Republik droht und gegen die sich alle wehren müssen und wehren werden, denen an einer wirklichen Weiterentwicklung unseres Landes gelegen ist.

Aus Thüringer sozialdemokratischen Kreisen wird uns zur Schaffung eines republikanischen Ordners- und Selbstschutzes nach eingehender Schilderung der zahllosen, auf den Sturz der Republik und die Wiedererrichtung der Arbeiterbewegung eingestellten Geheimorganisationen der Rechtsradikalen folgendes geschrieben:

„Die Aufgabe des effektiven Schutzes der Republik und des inneren Friedens bleibt in der Hauptsache der deutschen Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit überlassen. Derselben Arbeiterschaft, auf deren Schultern auch der wesentlichste Teil der gewaltlosen Abwehr äußerer Gewaltgriffe in die Kerngebiete der deutschen Volkswirtschaft gelegt ist. Bei einer internen republikanischen Tagung in Berlin hat einer der hervorragendsten Reichstagsabgeordneten der Deutschen Demokratischen Partei, allerdings ein Süddeutscher, aus eigenem Antriebe schon vor Jahr und Tag geäußert, daß ohne die deutsche Arbeiterschaft die Republik lange wieder verloren worden sei. Der freiheitliche und demokratisch gesinnte Teil des Bürgertums sei jedenfalls für sich allein nicht in der Lage, die republikanische Verfassung wirksam zu schützen.“ Die nicht reaktionären Bürgerkreise sollten daher allesamt der deutschen Arbeiterschaft dankbar sein, daß sie gewillt ist, nicht nur mit leeren Worten und mit Zeitungsausschnitten, sondern auch durch die praktische Tat die Republik vor allen Unschlägen sicherzustellen; koste es, was es wolle!

Hält man die deutsche Arbeiterschaft für so gutmütig und dumme, daß sie sich ohne sich zur Wehr zu setzen, gerieren und die Republik dem deutschen Volke entreißen läßt? Soll sich die Arbeiterschaft ohne Gegenwehr das Messer in die Brust stoßen lassen? Nicht die deutschen Arbeiter wollen den Bürgerkrieg, ihn will allein der rechte Flügel des Bürgertums! Soche des Bürgertums wäre es, im eigenen Lager Ordnung zu schaffen; was nach dem Erzberger, und erst recht nach dem Rathenau-Mord versprochen, indes nicht gehalten worden ist. Soche der zuständigen Reichsbienstellen wäre es, dem rechtsradikalen Treiben endlich einen Riegel vorzuschleiden und nicht nur dann Aktivität zu zeigen, wenn es sich darum handelt, republikanische Verteidigungsmassnahmen der Selbsthilfe, die spontan dem Willen der arbeitenden Massen entspringen, abzustumpfen und zu unterbinden.

Die Monatschrift „Die Friedensmarie“, die seit dem Tode ihres Begründers Alf. v. Fried eingestellt war, beginnt jetzt wieder zu erscheinen. Sie wird nun von Rudolf Goldscheid in Gemeinschaft mit Ludwig Dübber, Walter Schädling, Hans Wehberg und Friedrich Berg im Verlag E. A. Schwetcksche u. Sohn in Berlin herausgegeben.

Eine satirische Schandstatue hat jetzt eine milde Sühne gefunden. In Holland wurden Holzkisten, die einen Kommunisten zum Verschluß einer Menge Rizinussöl gezwungen hatten, zu je 2 und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Das Stelldichein.

Von Hans G. Blund.

Der Student schritt leichtfüßig den Weg zum Hügel hinan. Der erste Mondschein ließ den Kies rot ausglänzen, Nebel lagen zwischen den milchigen Birken und vornübergewogenen Buchenstämmen.

Oben am Rande des Abhanges atmete der junge Burke hoch auf, zerrte stürmisch an dem bunten Tuch, das er unter dem Bams trug und setzte sich wartend auf eine Bank. Er wollte sich die Sommerfrische der Erholung ein wenig würzen, wartete auf ein lustiges Stelldichein mit einer Dorfsängerin. Würde die Augen machen über den schönen Bappen, den er für sie gekauft hatte und ihr über die kleinen feinsten Schultern legen wollte!

Die Bank war feucht vom Tau, aber der Abend blieb mild, rauschte leise vom strömenden Licht. Von seinem Berock sah der Wartende die Bachnieberung, ebendmäßig von schweren Nebeln angefüllt, die sich leise rinnend wie eine Flut an den Abhängen entlang rollten. Der Mond stieg höher und färbte die Fläche weicher, ein paar dunkle Inseln lagen darin, mit stillen Blumen zu Hüften. Ringsumher war ein Wehen. Fast lautlos lief es von Stamm zu Stamm, ließ mitunter ein schneeweißes Blatt aufblitzen und verschlummerte wieder im Unterholz. Nacht lag über der Erde und doch eine durchsichtige Helle, welche des Burkes Blick weiter in die Waldtiefe trieb, die unergründlich nach allen Seiten sich öffnete und mitunter sich wie vor dunklen Schritten sich wieder schloß. Alles lebte, die Büsche, die halblaut wanderten und den Buchen von Fuß zu Fuß huschten, der Weg, der geträumt über die Höhe glänzte und leise aufklang, und das Mondlicht, das jetzt bis hoch in den Himmel graublau leuchtete und mit den weichen Schatten der Milchstraße verschmolz. Alles bewegte sich fast gleichmäßig wie das Blut eines weltweisen Gottes, der unlagbar stark und überall Schönheit und Größe und Freiheit der Nacht in sich einte.

Der Himmel sank mit grauem Glanz tiefer über die Erde, schien um eine wandelnde Höhe zu strömen und freiste hörbar über den Wipfeln. Nur die Gestirne klangen leise aneinander, und die Dunkelheit atmete mitunter, dann huschte der weiße Glanz wie ein Wink um alles Gegenständliche, durchbelebte auch den einsam Wortenden andächtig. „Gott!“ rief er leise und schloß die Augen. Seine Gedanken gingen weit vor ihm, es war mühselig, sie selbstlich zu halten in ihrem Stauen und grenzenlosem Wundern über die Schönheit um ihn. Furdtam fühlte er sich, klein vor all dem rätselhaften Wehen und Gestalten des Unfasslichen. Sein Herz schlug von seiner Erglossenheit.

Ein kleiner mühseliger Schritt kam den Weg herauf, voll Verlegenheit stand das Mädchen vor ihm. Der Student sprang auf. Er begriff nicht, was gewesen war, suchte nach ein paar Worten. Grenzlos fremd war er sich selbst in diesem Augenblick, wo er das junge Wesen flüchtig an sich zog. Er haspelte das Tuch hervor, eine Sehnsucht, allein zu bleiben, hielt ihn auf. „Komm.“ sagte er, „ich moll's Dir schenken, weiter nichts.“ Er fühlte den kleinen pochenden Pulsschlag der Hand, er war erstaunt über das Bedeutige in ihr, aber es war seinem Gefühl nur ein Teil der Rätsel ringsum.

Limburg als Frau Sörby unterschloß den Vater Werle. Frau Gisse Schlegel trat glücklich das Kindchen in Hedwigs rührender Gebett. Der zynische, dem Trunt ergebene Arzt, der mit seiner Theorie, daß man dem Menschen ihre Lebenszüge gänzlich solle, dem Weltverbesserer Gregor gegenüber im Stiche recht behält, war einbravosvoll durch Josef Klein vertreten. Nur der alte Edval kam nicht recht zur Geltung.

Goethe über den deutschen Charakter. (Zu seinem Todestage, 22. März.) Als der Herzog der Deutschen, d. h. als der, der vor ihnen hergeht als Führer und Leiter in guten und bösen Tagen, ist Goethe gefeiert worden. In dem klaren Spiegel seiner Werke findet der Deutsche seine Wesenszüge wieder, freilich gesteigert und vertieft durch das Genie. Vieles hat sich der Dichter über den deutschen Charakter ausgesprochen, und es gibt eine ganze Anzahl wenig gekannter Aussprüche, die Emil Ludwig in seiner im Verlag von Ernst Rowohlt erschienenen Anthologie „Von unbekanntem Goethe“ zusammenstellt. Goethe hat die Fehler unseres Charakters nicht verschwiegen. „Es ist der Charakter der Deutschen, daß sie über allem schwer werden und daß alles über ihnen schwer wird.“ sagt er im „Urmelster“, und an einer anderen Stelle: „Wenn die Deutschen nicht real gerührt sind, so sind sie ideal schwer zu rühren.“ Die deutsche Unzufriedenheit teilt er in einem Brief an Hoffmann mit den Worten: „Die Deutschen haben die eigene Art, daß sie nichts annehmen können, wie man's ihnen gibt. Reicht man ihnen den Stiel des Messers, so finden sie ihn nicht scharf. Bietet man ihnen die Spitze, so schreien sie über Verletzung. Sie haben so unendlich viel gesehen, und für neue Formen fehlt ihnen die Empfänglichkeit. Erst wenn sie sich mit einer Sache befreunden, dann sind sie einsichtig, gut und wahrhaft liebenswürdig.“ Zu Göttermann hat er sich in seinen letzten Jahren darüber ausgesprochen, was dem Deutschen fehlt: „Als neulich der Schnee lag und meine Nachbarnsinder ihre kleinen Schlitten auf der Straße probieren wollten, sogleich war ein Polizeibeamter nahe, und ich sah die armen Dingerchen fliehen, so schnell sie konnten. Deht, wo die Frühlingssonne sie aus den Häusern lockt und sie mit ihresgleichen vor ihrem Tore gern ein Spielchen machen, sehe ich sie immer geniert, als wären sie nicht sicher. Es darf kein Bub mit der Keilische knallen oder singen oder rufen, gleich ist die Polizei da, es ihnen zu verbieten. Es geht bei uns alles dahin, die liebe Jugend frühzeitig zapp zu machen und alle Natur, alle Originalität und alle Wildheit auszutreiben. Abenteuere man nur den Deutschen nach dem Vorbilde der Engländer weniger Philosophie und mehr Laifrost, weniger Theorie und mehr Praxis beibringen. Wie wollen abwarten, wie es in einem Jahrhundert mit uns Deutschen ausseht und ob wir es dann dahin gebracht haben, nicht mehr abstrakte Gelehrte und Philosophen, sondern Menschen zu sein.“

Numerus clausus an den polnischen Universitäten? In Warschau fand ein Meeting der alademischen Verbände statt, um zur Frage der Einstellung des Numerus clausus an den polnischen Universitäten Stellung zu nehmen. In einer Entschließung wurde die Einschränkung der Immatrikulationen von Juden gefordert. Die Vertreter der links gerichteten Organisationen verließen hierauf zum Zeichen des Protestes den Saal.

# Heute Abend: Öffentliche Versammlungen! Frühzeitiges Erscheinen \* \* \* Dringend nötig!

## Unsere Versammlungen gefährdet.

### Kommunistische Sprengtruppe in Sicht.

Nachdem die Kommunisten eben mit den Vereinigten Sozialdemokraten in Sachen einen Regierungspakt geschlossen und dabei, wie die „Rote Fahne“ triumphierend mitteilt, die bisherigen Minister Buch und Eppinger „ausgeschickt“ haben, gehen sie jetzt daran, die sozialdemokratischen Aufführungsvorstellungen in Berlin zu sprengen. Die Bezirksleitung der SPD. fordert in der „Roten Fahne“ heute alle Kommunisten auf, in den Versammlungen unserer Partei zu erscheinen, um unsere Genossen zu „überzeugen“, wie falsch und gefährlich die Politik ihrer Partei für das Proletariat ist.

Diese Aufforderung bedeutet nichts anderes als die Ankündigung kommunistischer Sprengversuche. Die Parteigenossen werden sich durch die Moskauer nicht überreden lassen, sondern rechtzeitig in ihren Versammlungen sein und den „Trotzkianern“ zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich von den abgewirtschafteten kommunistischen Vorkämpfern mißbrauchen zu lassen. Nur wenn unsere Parteigenossen diesen treulosen Herrschaften recht energisch die falsche Schulter zeigen, werden sie begreifen, daß man mit überzeugten Sozialdemokraten nicht kommunistisch spielen darf!

## Zudendorff und Wittelsbach.

### „Monarchist“ und „Legitimist“.

München, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) General Zudendorff antwortet in der „Münchener Zeitung“ auf die Angriffe des Führers der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Held, im „Regensburger Anzeiger“: Ich genieße kein Gastrecht in Bayern, sondern ich wohne hier kraft meines Rechts als Deutscher. Als Monarchist und Legitimist nehme ich nicht Stellung gegen das Haus Wittelsbach oder gar gegen sein erlauchtes Haupt, als überzeugter Christ nicht gegen den Katholizismus, als Deutscher nicht gegen Bayern. Ich wende mich nur gegen solche Bestrebungen, die eine Forderung des Reiches zum Ziele haben oder die sogenannte vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich oder seine Neutralisation — beides durch die endgültige Trennung Bayerns vom Reich — aus irgendeiner Ursache herbeiführen wollen, um letzten Endes auf einen Landesvertrag unter Fühlungsnahme mit Kreisen in Frankreich und der Tschechoslowakei hinauszukommen, so wie wir es jetzt folgerichtig in München erleben müssen. Niemand gegenüber habe ich auf das Recht politischer Betätigung verzichtet.

## Die südslawischen Wahlen.

Belgrad, 21. März. (W.F.B.) Die Stupschinawahlen haben nach den bisher vorliegenden ziemlich vollständigen Berichten an erster Stelle eine wesentliche Stärkung der vom radikalen Kabinett Paschitsch verfolgten antirevisionistischen Politik innerhalb des serbischen Volkstammes, gleichzeitig aber auch eine merkliche Stärkung der revisionistischen Politik bei den Kroaten, Slowenen und bosnischen Mohammedanern ergeben. (Revision in bezug auf die zentralistische Staatsform; die kroatische Radikalspartei und gewisse slowenische und bosnische Parteien wollen ihre Heimat selbstständig haben!) Ein weiteres Merkmal ist die Zusammenballung der Serben in der radikalen Partei, der Kroaten in der republikanischen Radikalspartei und der Slowenen in der radikalen Partei. Die von Protitsch unter den Serben vertretene revisionistische Politik sowie der von Stefanowitsch vertretene Republikanismus erlitten einen gänzlichen Mißerfolg. Nicht einmal Protitsch, der sich sonst großen politischen Ansehens erfreute, wurde ins neue Parlament gewählt. Die Mandate verteilten sich annähernd wie folgt: Antirevisionistische Radikale etwa 110 bis 120, Antirevisionistische Demokraten gegen 40, verschiedene antirevisionistische Dissidenten ungefähr 10, Revisionistische Kroaten etwa 60, revisionistische Slowenen gegen 20, revisionistische Mohammedaner etwa 15, sonstige Revisionisten ungefähr 20, und Unbestimmte gegen 20. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verfassung erscheint durch das Wahlergebnis, wenn nicht gerade erleichtert, so doch schon gesichert. Kommunistische Einflüsse waren fast gar nicht mehr sichtbar. Die Agrarpartei in Serbien wie in Bosnien hat nur ganz unbedeutende Erfolge aufzuweisen. Von den Widerhellen erlangten die Deutschen im Banat und der Walachei mehrere Mandate, vermutlich insgesamt 5. Mit Ausnahme ganz unbedeutender örtlicher Zwischenfälle in Ugram und Uestäd verliefen die Wahlen in Ruhe und Ordnung.

Die fünf gewählten Sozialdemokraten werden in dieser Werbung nicht aufgeführt. Die Kommunisten stehen unter einem Ausnahmegebot und dürfen sich nicht rühren.

Der Oberschlesiergedenktag. Am Dienstag fand aus Anlaß der Wiederkehr des ober-schlesischen Abkommens am 2. März ein Fest in Gegenwart des preussischen Ministerpräsidenten ein Empfang des Vorstandes des „Oberschlesischen Hilfsbundes“ sowie einer Abordnung aus Oberschlesien bei dem Reichskanzler statt.

Sachsenland hat genug gelebt. Es kündigt aus Sparamtkründen die Verträge über die französische Militär-, die englische Flotten- und die italienische Gendarmenmission.

Englands Menschenverluste im Weltkrieg. Nach offizieller Statistik hat England 916 023 Tote und 2 121 008 Verwundete zu beklagen. Auf England ohne Kolonien entfallen 773 702 Tote und 1 603 702 Verwundete.

## Devisenkurse.

	21. März		20. März	
	Äußerer (Weiß-) Kurs	Innere (Weiß-) Kurs	Äußerer (Weiß-) Kurs	Innere (Weiß-) Kurs
1 holländischer Gulden	8224.38	8205.62	8224.88	8205.62
1 argentinische Papier-Peso	7693.21	7731.79	7698.21	7731.79
1 belgischer Franc	1192.01	1197.99	1167.07	1172.98
1 norwegische Krone	3792.00	3812.01	3700.50	3800.50
1 dänische Krone	3980.02	3999.98	3904.08	4015.02
1 schwedische Krone	5543.00	5571.40	5543.00	5571.40
1 finnische Mark	567.57	570.43	565.06	567.92
1 japanischer Yen	9974. —	10025. —	9975. —	10025. —
1 italienische Lire	1009.47	1014.53	1007.97	1018.03
1 Pfund Sterling	9775. —	9824. —	9775. —	9824. —
1 Dollar	20847.75	20852.25	20832. —	20937.22
1 französischer Franc	1385.52	1399.48	1389.09	1385.91
1 brasilianischer Real	2294.26	2305.74	2296.71	2318.29
1 Schweizer Franc	8520.35	8500.65	8539.82	8578.68
1 spanische Pesta	8217.68	8234.07	8206.98	8223.04
100 österr. Kronen (abgez.)	—	—	28.80	29.02
1 tschechische Krone	—	—	618.45	621.55
1 ungarische Krone	4.56	4.60	4.88	4.87
1 bulgarische Leva	—	—	132.10	132.84
1 jugoslawischer Dinar	—	—	216.43	217.55

## Liebesgaben für die Kirche.

In Preußen haben wir zwar keine Staatskirche mehr, und in den meisten deutschen Ländern ist die enge Verbindung der Kirche mit dem Staat beseitigt, aber die öffentliche Rechtsstellung der Kirche ist erhalten geblieben. Diese besteht darin, daß den Religionsgesellschaften, die bisher Körperschaften des öffentlichen Rechts waren, das Privilegium als öffentliche rechtliche Körperschaften und damit auch das Recht der Besteuerung ihrer Mitglieder erhalten geblieben ist. Der Staat hat ein übriges getan und durch Landesgesetz den Gemeinden die Einziehung der Steuern für die Kirchen- und Religionsgemeinden übertragen. Es soll hier gar nicht davon geredet werden, in welcher unangenehme Situationen die Gemeinden bei Einziehung der Kirchensteuern kommen, wenn die Veranlagung durch die Kirchenbehörden eine derart nachlässige ist, wie wir das wiederholt an dieser Stelle haben feststellen müssen. Heute wollen wir nur einmal darauf hinweisen, weshalb schlechtes Geschäft die Gemeinde bei der Einziehung der Kirchensteuern macht.

Als Unterlage nehmen wir einen im Norden gelegenen Stadtbezirk, den Bezirk 307, einen Bezirk, der als Durchschnittsbezirk angesehen werden kann.

Der Durchschnitt der veranlagten Kirchensteuer für 1921 liegt zwischen 21 und 42 M. Im Stadtbezirk 307 beträgt das gesamte Jahreslohn der jetzt zur Einziehung kommenden Steuern: Evangelische rund 32 000 M., katholische rund 6000 M., zusammen 38 000 M. Nimmt man an, daß das ganze Soll aufkommen würde, so berechnet sich die Vermaltung 5 Proz. von 38 000 M. = 2900 M.

Von den für 1921 im Stadtbezirk 307 zur Kirchensteuer veranlagten 1000 Posten sind 1000 Posten zur Zwangsversteigerung gestellt. Da jeder Posten allein für den Vollziehungsbeamten 175 M. Kosten verursacht, so entsteht, wenn 89 Posten als anderweitig erledigt abgezogen werden, für 1000 Posten eine Ausgabe von 175 000 M., das sind dreimal soviel Kosten, als das ganze Soll beträgt. Die Vermaltungskosten und Vergütungen betragen im Höchstfall 2900 M. Daraus ergibt sich die erschreckende Tatsache, daß die Stadt kein besseres Geschäft machen würde, als wenn sie den Kirchenbehörden das Soll aus ihrer Kasse bezahlen und auf die Beitreibung verzichten würde. Und wie es in dem genannten Stadtbezirk liegt, so in zahlreichen anderen Bezirken.

Aus dieser Tatsache geht hervor, daß die Gemeinde große Kosten aufwenden muß, um die Kirchensteuern einzuziehen. Das bedeutet eine ungeheure Liebesgabe an die Kirche. Vom April 1923 ab soll die Stadt von dieser Post befreit werden. Die Einziehung der Kirchensteuer soll von diesem Zeitpunkt an vom Reich übernommen werden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Kirchensteuerepflichtigen dem Reich gegenüber zahlungsunwilliger sein werden als gegenüber den Gemeinden. Das finanzielle Ergebnis der Einziehung der Kirchensteuer wird also auch in Zukunft das gleiche Bild geben wie heute. Aus öffentlichen Mitteln werden große Summen aufgewendet zur Deckung der Einziehungskosten der Kirchensteuern.

Millionen sind in den letzten Jahren durch die Gemeinden im Interesse der Kirche verwendet worden. Wir müssen Verwahrung einlegen gegen diese Liebesgabenpolitik, die der Kirche nur zugutekommt. Die Kirchengemeinden müssen ihren Haushalt selber in Ordnung bringen. Aus diesem Grunde muß verlangt werden, daß das Reich der Kirche die Einziehung der Kirchensteuern selber überläßt, und daß die heute geltenden Bestimmungen schleunigst aufgehoben werden.

## Der Mordüberfall im Keller.

### 120 000 M. Besohnung.

Zu dem Überfall auf die Postersleute Ermich in der Müllerstraße, über den wir berichteten, werden folgende Einzelheiten gemeldet. Ermich besaß die Bücherei auf dem Doppelgrundstück und besorgte mit seiner Frau zugleich auch die Heizung des Schillerbades, das in dem großen Gebäude liegt. Die beiden Häuser bestehen zwar selbstständig für sich, sind aber durch Kellergänge miteinander verbunden. Ein solcher dunkler und winkeliger Gang führt auch von Nummer 153 nach dem Logerkeller einer Lederhandlung. Dieser Zugang zu dem Logerkeller war bis gestern durch sogenannte Brennläden, Abfalltücher, gesperrt. Gestern wurden die Abfälle weggeschafft. So wurde der Zugang frei. Der Gang führt an den Heizungsanlagen des Schillerbades vorbei. In diesen Räumen hatten die Leute zu tun. Frau Ermich hörte plötzlich in dem dunklen Gange ein Klopfen. Sie schaltete das elektrische Licht ein und sah jetzt drei Männer aus einem dunklen Winkel herauskommen. Einer von ihnen rief: „Wir kommen schon“. Als auf die Hilferufe der Frau auch der Mann herbeikommt, ergreifen die drei die Flucht durch den Gang nach dem Hause 153 zu. Es gelang, den letzten noch zu fassen. Dieser griff aber zur Pistole und schoß auf den Wärter und dessen Frau. Der Ringkampf zwischen den beiden Männern setzte sich unter wiederholtem Schießen des Eindringers bis an den Ausgang des Kellers fort. Von mehreren Kugeln getroffen, brach die Frau tot zusammen. Ihr Mann erhielt einen Schuß in den Oberarm. Auch auf die Hausbewohner, die den Überfallern zu Hilfe eilten, gab der Verbrecher am Ausgang des Hauses 153 noch mehrere Schüsse ab, ohne jemanden zu treffen. Dann entfloß und entkam er wie die beiden anderen. Mehrere Kugeln, die in die Wand eingeschlagen waren und Hüllen, die umherliegen, wurden aufgefunden, gesammelt und beschlagnahmt. Die Mordkommission erschien alsbald am Tatort. Auf die Ermittlung der Verbrecher ist eine Besohnung von 120 000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen zur Auffklärung an Kriminalkommissar Gehlen und Bürger im Zimmer 83 des Polizeipräsidiums, Hausnummer 115 und 407.

Auf die Ergreifung der Täter, die ohne Zweifel auf das Feder im Logerkeller abgelesen hatten, hat der Inhaber des Lederwertes Hermann Springer, Augustenburger Str. 32, ebenfalls eine Besohnung von 100 000 Mark ausgesetzt. Die Gesamtbeshohnung beträgt also 220 000 Mark.

## „Vokalanzeiger“-Züge.

In einem Bericht über die gestrigen Verhandlungen des Ausschusses zur Nachprüfung der städtischen Verkehrstarife behauptet der „Vokalanzeiger“: „Von logischer Seite kam große Neigung zum Ausdruck, den Tarif-erhöhungen zuzustimmen, wie überhaupt die Sozialdemokratie jetzt, nachdem der sozialistische Realist in den letzten zwei Jahren verschiedene Möglichkeiten verpöchtelt hat, die städtischen Werke zu sanieren, kein Mittel unversucht lassen möchte, um die Finanzen der Werke zu heben, sei es auch auf Kosten der gesamten Bürgerschaft.“ Sozial Worte, sozial Sinne. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben sich in der letzten Sitzung darauf beschränkt, die volkswirtschaftlichen Gemeinnützigkeiten einiger bürgerlicher Redner über sich ergehen zu lassen. Erst als die Rederei sich kundenlang hinzuziehen drohte, ohne daß irgend wie wirkliche Arbeit geleistet wurde, beantragten sie eine eingehende Untersuchung an der Hand zuverlässiger Materialiens, weil ohne dem der Ausschuss seiner Aufgabe nicht gerecht werden könnte. Dem wurde dann von allen Seiten zugestimmt und der Ausschuss deshalb bis zur Beschaffung der

nötigen Unterlagen vertagt. Was die Tarife selber anlangt, so werden wir später über die für die Bevölkerung so wichtige Frage ausführlich berichten.

## Der Frauenmord im Erzgebirge.

### Die Bluttropfen im Jagdzug.

Im Mordprozeß Köhn haben sich ganz plötzlich neue Momente ergeben, die ungeahnte Schwierigkeiten verursachen und es unmöglich machen, daß der Prozeß noch in dieser Woche zu Ende geht. Zunächst bei Beginn der Sitzung, die unter anhaltendem Andrang des Publikums stattfand, gab der Angeklagte, der sehr blaß und erregt war, eine Erklärung zu dem anonymen Brief an Herrn v. Stern ab, der in der Verhandlung am letzten Freitag eine gewisse Rolle gespielt hatte. Der Angeklagte wandte sich an die Geschworenen und erklärte, daß er wegen innerlicher Hemmungen am Freitag die Unwahrheit gesagt habe. Er habe den Brief an Herrn v. Stern selbst geschrieben. In einer weiteren Erklärung sagte er: „Mögen Sie mich verurteilen, mir kann doch nichts geschehen, denn sie (die Tote) schützt mich mit ihrer großen Liebe.“

Dann wurde der Jagdzug vorgelegt, den Köhn zu der fraglichen Zeit getragen hatte und den der Staatsanwalt noch in der letzten Woche nach Jockkau hatte kommen lassen, da Köhn ihn ursprünglich zu dem Lokaltermin anziehen sollte. Da der Anzug Blutspuren trägt, soll er chemisch untersucht werden. Die Verteidigung drang energisch darauf, daß diese Untersuchung so schnell wie möglich durchgeführt werde. Professor Dr. Kegel-Weipzig befandete, daß zur Untersuchung der Bluttropfen ein Serum benötigt werde, das erst in sechs Wochen hergestellt werden könne. Als dann der Vorsitzende auf die ungeheuren Kosten, die Arbeit und die Zeit aufmerksam macht, die dieser Prozeß verursacht hat, die nun alle umsonst wären, machte Rechtsanwalt Dr. Wisberg darauf aufmerksam, daß nach seiner bereits eingeholten Erkundigung des Universitätsinstituts für staatsärztliche Kunde in Berlin dieses Serum vorrätig hat. Professor Dr. Strauch-Berlin bestätigte das und erklärte, daß dann die Untersuchung 2 bis 3 Tage in Anspruch nehmen würde. Als darauf der Staatsanwalt beantragt, das Serum nach dem Leipziger Institut des Professors Kegel zu senden, protestiert Rechtsanwalt Dr. Wisberg sehr scharf. Das Gericht beschloß dann auch, Professor Dr. Strauch-Berlin damit zu beauftragen, die Untersuchung im staatsärztlichen Institut in Berlin vornehmen zu lassen.

## Waffenfund in Tempelhof.

Daß die Feinde der Republik noch reichlich Waffen zur Verfügung haben, wird immer wieder durch Waffenfunde bewiesen. Ueber einen Waffenfund, den man vor kurzem in Tempelhof gemacht hat, ist bisher nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Aus dem Grundstück Friedrich-Franz-Straße 5 steht eine Villa, die längere Zeit ein Zivilingenieur dort allein bewohnt hat. Vor vierzehn Tagen wurden bei Gelegenheit von Umbauarbeiten auf dem Boden der Villa vier Gewehre entdeckt. Die von Bauarbeitern herbeigerufenen Schuppolizeibeamten nahmen den Fund an sich, ohne nach Umschau nach sonstigen Waffen zu halten. Herr Jost hat früher zur Einwohnerwehr gehört, so daß der Waffenfund mit ihm in Verbindung gebracht wird. Warum die Gewehre nicht längst an die Behörden abgeliefert worden waren, wird zu unteruchen sein. Als Herr Jost die Auffindung der Waffen gemeldet wurde, äußerte er: „Das ist wieder ein Klotter gewesen.“ Ja, dafür ist er bekannt, daß er die „Klotter“ baut.

## Berliner Werkstarife.

Die städtischen Elektrizitätswerke haben dem heute zusammen tretenden Ausschuss zur Prüfung der städtischen Tarife Jähren über die Tarife anderer Städte vorgelegt. Daraus geht hervor, daß Berlin in der Tat verhältnismäßig noch günstig mit seinen Tarifen dasteht. Im Monat Februar, wo in Berlin der Strom einheitlich für Licht und Kraft 800 M. kostete, war der Preis in den nachstehenden Städten folgender (dabei gilt die erste Zahl für Licht, die zweite für Kraftstrom, für die in den meisten Städten getrennte Tarife gelten): Aachen 1220 bzw. 765 M., Barmen 1500 bzw. 800 M., Bielefeld 1200 bzw. 900 M., Bremen 1200 M., Kassel 1000 bzw. 900 M., Darmstadt 1200 bzw. 900 M., Dortmund 1200 bzw. 900 M., Düsseldorf 1390 bzw. 750 M., Hagen 1055 bzw. 790 M., Hamburg 850 bzw. 600 M., Köln 1150 M., Königsberg 1250 bzw. 840 M., Lübeck 1650 bzw. 1100 M., Magdeburg 1050 bzw. 1000 M., Mannheim 1750 bzw. 1120 M., Münster 1214 M., Saarlouis 1236 bzw. 727 M., Solingen 969 bzw. 643 M., Stettin 800 M., Stuttgart 960 bzw. 650 M., Wiesbaden 1400 bzw. 900 M.

Die Wiedereröffnung des Zoologischen Gartens findet bereits am nächsten Sonntag statt. Der Besuch kann zunächst bis zur Dunkelheit stattfinden. Sonntags werden zwei Eingänge geöffnet sein, wochentags das Elefantenportal gegenüber der Kurfürststraße. Das Aquarium ist nach wie vor täglich von 9-6 Uhr geöffnet.

Auf der Straßenbahn angeblich schwer befohlen wurde ein an sich unbemittelter Auswanderer, dessen Angehörige in Amerika für ihn mühsam gespart hatten und der jetzt im Begriffe stand, zu ihnen hinüberzufahren. Der Mann hatte 277 Dollar und 600 000 M. deutschen Geld, sein ganzes Vermögen, in einer Brieftasche bei sich, als er von der Potsdamer nach der Köpenicker Straße fuhr. Die Tasche entfiel außer dem Gelde auch noch die Schiffskarte für die Uebersahrt mit dem Dampfer „Loringa“ und eine polizeiliche Abmeldung auf den Namen Krug. Mitteilungen über den Verbleib nimmt Kriminalkommissar Dr. Niemann im Zimmer 63a des Polizeipräsidiums entgegen.

Die Berliner Frühjahrs-Gastwirtschaftsmesse, die neunte ihrer Art, wurde heute in der Neuen Welt eröffnet. Die ganze Schau von all den verschiedensten Dingen, die zum Gastwirtsberuf gehören, vom dem Keller des Ganzen B. Dumfries sehr geschickt zusammengestellt, liefert einen guten Ueberblick über das weitverzweigte Interessengebiet. Es ist nützlich, zu beobachten, in welchem Maße die Ankultur (u. a. die Deutschen Werke) durch Küchen- und Wirtschaftsgüter aller Art an der Erde beteiligt ist. Sechshundert Aussteller sind vertreten; die Bildruben oben streiten sich um den Raum, den sie mit alten Ritterburgen und Tempeln ausfüllen, was offenbar zum Stimmungsdruck der edlen Schnäpfe gehört.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Zunächst überiegend heiter, am Tage ziemlich warm bei größtenteils schwachen, südlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Morgen, Donnerstag, den 22. März:

9. Kreis, Himmelsdorf. Abends 8 Uhr Kreisvorstandssitzung bei Schramm, Himmelsdorf, Haus 1.
11. Kreis, Neumarkt. 11, 8 Uhr in der Mädchenmittelschule, Danaustr. 22. Einbringung in das öffentliche Straßenzug, Ref. Landrat Dr. Schilling.
12. Kreis, Wedding. Abends 7 Uhr Zusammenkunft der Ortsgruppe der kommunalen Kommunisten im Logierheim, 1. Stock, Zimmer 123. Vortrag des Genossen Schramm, Himmelsdorf.
13. Kreis, Prenzlauer Berg. Abends 7, 1/2 Uhr im Lokal Feitzke, Niederstraße, Funtiankegasse.

